

„Wir wurden massiv abgestraft“

SPD und CDU geben Koalition im Bund Schuld an Ergebnissen – Mindestens zwei grüne Direktmandate

Von Daniel Göbel
und Christiane Warnecke

WIESBADEN. Noch vor der ersten Hochrechnung um 18 Uhr herrschen in den Räumlichkeiten der Grünen-Fraktion dichtes Gedränge, ausgelassene Stimmung und Spannung. Punkt 18 Uhr lautes Gejohle, Freudenschreie, Menschen liegen sich in den Armen.

Es ist das historisch beste Ergebnis, das die Grünen in Hessen jemals erreicht haben. „Hessen wird grüner und grüner“, fasst es der Abgeordnete Jürgen Frömmrich (Waldeck-Frankenberg) treffend zusammen. Und deutet damit zugleich an, dass die Grünen nun einen maßgeblichen Anteil daran haben werden, wie Hessens Politik in naher Zukunft aussehen wird. Laut Frömmrich hat die Schwäche der Großen Koalition in Berlin den Grünen in Hessen zwar in die Hände gespielt, „das gute Ergebnis ist aber nicht nur durch diese Schwäche zu erklären“, sagt Frömmrich.

Maßgeblich sei auch eine „vernünftige und rationale Politik“ gewesen, welche die Grünen in den vergangenen fünf Jahren vorangetrieben hätten. Deutlichere Worte findet da schon Fraktionschef Mathias Wagner. Die Grünen hätten zum einen von der Unzufriedenheit der Wähler mit der Berliner Koalition profitiert, „zum anderen um eine Große Koalition in Hessen zu verhindern.“

Das zeigte sich auch in geradezu historischen Ergebnissen: Wirtschafts- und Verkehrsminister Tarek Al-Wazir (Offenbach) gewann in seiner Heimatstadt Offenbach das Direktmandat für die Grünen. In Kassel-Stadt I gewann die Grüne Vanessa Gronemann ebenfalls ein Direktmandat, genau wie Hildegard Förster-Heldmann in Darmstadt I.

„Das ist nicht ansatzweise das Ergebnis, das wir wollten“.

SPD-CHEF THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL

Mit einer Mischung aus Trauerstimmung und Durchhalteparolen vernehmen die Sozialdemokraten schon die Wahlprognosen. „Das ist nicht ansatzweise das Ergebnis, das wir wollten“, sagt Spitzenkandidat Schäfer-Gümbel, der bereits zum dritten Mal seinen Hut in den Ring geworfen hat. Die Themen seien im Wahlkampf nicht durchgekommen, weil die Unzufriedenheit mit der Regierung in Berlin so



Traurige Gesichter: SPD-Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel mit seiner Frau Annette Gümbel.

Foto: Arne Dedert/dpa



Will Ministerpräsident bleiben: CDU-Landeschef Volker Bouffier. Seine Partei erlitt starke Verluste.

Foto: Boris Koessler/dpa

enorm sei, dass „nun Konsequenzen gezogen werden müssen“, sagt Schäfer-Gümbel, ohne zu erläutern, welche Konsequenzen das sein könnten.

Das sieht auch der Bundestagsabgeordnete Edgar Franke so. „Die SPD hat auf die richtigen Themen gesetzt, einen guten Wahlkampf geführt und muss nun trotzdem herbe Verluste hinnehmen. Wir wurden massiv abgestraft.“

Besonders der Unionsstreit um die Asylpolitik habe die Stimmung enorm nach unten gedrückt. „Die Große Koalition in Berlin muss jetzt dringend ihre Performance ändern, sie muss sich besser darstellen“, mahnt der Gesundheitspolitiker.

Schockstarre bei CDU

In den Fraktionsräumen der CDU macht sich zunächst Schockstarre breit. Die ersten Hochrechnungen offenbaren

riesige Verluste für die Christdemokraten. Doch wenig später folgt ein Moment der Erleichterung: Es könnte doch noch für eine Fortsetzung der schwarz-grünen Koalition reichen – dank der furiosen Stärke der Grünen. „Und wenn es doch nicht reicht, dann halt mit der FDP“, versucht Frankfurt Ex-Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) ihre anfängliche Enttäuschung zu überspielen.

Von „einem Abend mit einer gemischten Botschaft“, spricht dann auch Ministerpräsident Volker Bouffier, als er vor seine Fraktion auf die Bühne tritt. „Die Menschen haben uns gezeigt, dass es im Bund anders werden muss. Sie wollen weniger Streit“, sagt der Ministerpräsident mit Blick auf den Unionsstreit in der Flüchtlingsfrage.

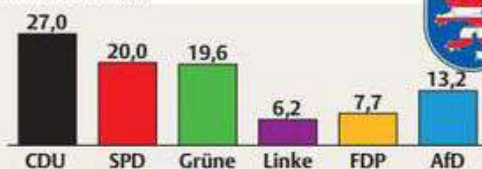
„Regierungsauftrag“

So schlimm wie in der SPD scheint die Lage bei der CDU aber offenbar nicht zu sein. „Wir haben den Regierungsauftrag bekommen“, erinnert Bouffier seine Parteifreunde. Möglicherweise könne es eine hauchdünne Mehrheit für die Fortsetzung der schwarz-grünen Regierungskoalition geben. Mit der FDP hätte ein Jamaika-Bündnis jedenfalls eine deutliche Mehrheit.

Er werde seiner Partei morgen vorschlagen, mit den Grünen, der SPD und der FDP zu sprechen. Sein Ziel sei „eine stabile Regierung in Hessen“. Damit dürfte wohl klar sein, dass eine Große Koalition wie im Bund in Hessen kein Thema ist.

LANDTAGSWAHL IN HESSEN

Stimmenanteile in %



Veränderungen gegenüber 2013 in Prozentpunkten



Voraussichtliche Sitzverteilung



Quelle: ARD-Hochrechnung, 22.13 Uhr

HNA